

PRESSEERKLÄRUNG

JENA, DEN 26. JANUAR 2013

Friedrich-Schiller-Universität Jena

StuRa



Gegen die Bildungsfeindliche Politik des Landesregierung

Am gestrigen Tag hat die Landesregierung den Haushalt für das Jahr 2013 verabschiedet. Dieser ist geprägt von der Schuldenbremse, welche ein Zusammenstreichen des Haushaltsvolumens nach sich zieht. Volker Emde (CDU) brachte die Position der Landesregierung mit den Worten „Wir müssen auch mal auf die Rendite achten und können nicht immer nur Geld in die Bildung hinein pumpen“, auf den Punkt. In der Konsequenz heißt das, dass der Bildungsetat nur minimal vergrößert wird. Durch Tarifsteigerungen, Inflation, steigende Studierendenzahlen und erhöhte Instandhaltungskosten haben die Hochschulen aber einen deutlich gesteigerten Finanzbedarf.

Auch wenn Minister Matschie (SPD) gestern wieder einmal betonte, dass es für die Hochschulen nicht weniger sondern mehr Geld gebe, bedeutet der Miniaufschlag im Landeshaushalt für die Hochschule real ein dickes Minus im Budget. Alleine bis 2015 sollen Einsparungen in Höhe von 10% und bis 2020 sogar in Höhe von 20% durchgesetzt werden. Der Landeshaushalt 2013 ist ein Schritt in diese Richtung.

An allen Thüringer Hochschulen werden die Konsequenzen deutlich spürbar sein. Mitarbeiter_innenstellen werden abgebaut, Lehrstühle werden eingestampft, Professorenstellen nicht neu besetzt, Raumkapazitäten bleiben ungenügend. Dies bedeutet eine krasse Verschlechterung der Studienbedingungen.

„Angesichts der dramatischen Folgen für die Hochschulen in Thüringen muss der Landesregierung eine klare Absage erteilt werden.“ verkündete Christian Schafft, Sprecher der Konferenz Thüringer Studierendenschaften (KTS). Wer an der Bildung spart, der spart an der Zukunft. „Kultusminister Matschie selbst sprach in der Vergangenheit davon, dass die Hochschulen die Wachstumsmagneten für Thüringen seien. Nur mit ihnen ließen sich junge Menschen und Wirtschaftsbetriebe im Bundesland halten oder hier her locken. Durch die Sparpolitik wird Thüringen jedoch unattraktiv, was für junge Menschen ebenso gilt wie für Unternehmen.“ so Malte Pannemann, Referent für Hochschulpolitik des Studierendenrates der Friedrich-Schiller-Universität.

Durch diese Politik des Sparens erscheinen auch Mittel wie Studiengebühren wieder ihren Weg auf die politische Agenda zu finden. Stephanie Borck, Referent für Hochschulpolitik des Studierendenrates der Friedrich-Schiller-Universität, äußerte dazu:

Studierendenrat

Referat für Hochschulpolitik

Stephanie Borck
Malte Pannemann

Telefon:

03641 - 930 994

Telefax:

06341 - 930 992

E-Mail:

hochschulpolitik@stura
.uni-jena.de

Adresse:

Carl-Zeiss-Straße 3
07743 Jena

**Für Rückfragen,
Bilder und
weitere
Informationen
stehen wir gern
zur Verfügung!**



seit 1558

„Bisher trauen sich nur wenige dieses Thema offen anzugehen, kostenpflichtige Weiterbildungsstudiengänge sind jedoch als ein erster Schritt in diese Richtung zu werten und werden von uns klar abgelehnt.“ Wie auch Astrid Rothe-Beinlich (Grüne) gestern noch einmal betonte: „Hochschulautonomie entbindet die Landesregierung nicht von ihrer Verantwortung.“ Gute Lehre und Forschung sind bei wachsenden Studierendenzahlen nicht durch Stellenabbau und Kürzungen zu realisieren. Um einen deutlichen Qualitätsverlust in Forschung und Lehre zu verhindern, ist ein rasches Umdenken der Landesregierung erforderlich.